

in der Hauptpoststelle oder deren Filialen abzugeben; vierzig Groschen 4.-, bei unmittelbarer Postleitung bis Preis 6.-75. Durch die Post bezahlt für Bezeichnung u. Gehirteinführung 6.-80, für die kleinen Güter laut Grundsatzliste.

Buchstaben und Uppercase:
Zehn Groschen 5. Denkmuster Nr. 122.

Postleitzahlen:
Wiederholte Buchstabe, Universitätsdruck 3
Postleitz. Nr. 4046. 2. 2010. Katholische
Kirche 14. Christuskirche Nr. 2006. 4. Königs-
berg 7. Marienkirche Nr. 7000.

Postamt-Märkte:
Wiederholte Buchstabe 34 (Benzinpreis Rur 1713).

Gemüts-Märkte Berlin:
Post-Dienst 10 (Benzinpreis Rur 1713).

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 166.

Tonnerstag den 31. März 1904.

98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Von der Königl. Reichskanzlei nach zu Berlin sind in dem Streite zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine Vermittlungsbotschaft gemacht worden, die in der Hauptstadt auf freie Auflösung der Kartei, Bezahlung nach der Minimalrate, aber auf Beibehaltung der angesetzten Bezirkssätze hinauslieft. Diese Botschaft ist von den Serben jedoch abgelehnt worden.

* So darf also sicher angenommen werden, daß dem Reichstag in der gegenwärtigen Tagung die Handelsvertreter nicht mehr unterbreitet werden. Wenn auch der Handelsvertreter mit Italien vorläufig abgeschlossen ist, so ist doch anzunehmen, daß die Regierungen an den Reichstag mit dieser Materie nicht beraten werden, wenn verschiedene solcher neuen Verträge ebenso weit geschildert sind.

* Die Russen ließen bei der japanischen Regierung durch den französischen Gesandten Einspruch gegen die beim vierten Angriff auf Port Arthur erfolgte Verstärkung der Quarantäneaktion auf der Dusei-Schierein erheben.

Krieg dem Militär.

Aus Bern, 28. März, wird uns geschrieben:

Die Sozialdemokraten haben alles, was aus Militärfesten erinnert. Sie haben selbst das schweizerische Militärsystem, das ihre politischen Brüder im deutschen Reichstage sonst so sehr zu loben wissen und zur Einführung in Deutschland empfehlen. Ganz direkt abräumen wollen auch die schweizerischen Sozialdemokraten nicht, denn dafür wäre das Volk, selbst der dümmste Teil desselben, nicht zu haben, dagegen suchen sie dem Staat die Mittel zu entziehen für das Militärsystem zu entziehen und so eine Verkürzung dieses Teiles der Vaterlandverteidigung herbeizuführen.

Für das laufende Jahr sind die Ausgaben für das Militärsystem auf 29 311 669 Francs festgesetzt. Dazu kommen aber noch außerordentliche Ausgaben im Betrage von 28 Millionen Franc, welche jedoch auf mehrere Jahre zu verteilen sind. Die Sozialdemokraten wollen nun das Jahresbudget auf 20 Millionen Francs nominieren und nur in außerordentlichen Fällen Mehrausgaben gestatten. Gegen diese rein mechanische finanzielle Einschränkung der Haushaltsumgaben haben selbst Sozialdemokraten Einspruch erhoben, so daß sich die Vorleistung gezwungen sah, von diesem Mittel der Erhöhung der Landesverteidigung Umgang zu nehmen und einen Vorschlag einzuarbeiten, der weniger plump aussieht. Danach sollen die jährlichen Neinoussagen des Bundes für das Militärsystem, bei einem Mindestlohn von 1 Franken pro Tag, den Betrag von 7 Franken pro Kopf der Wohnbevölkerung nicht übersteigen. Ausnahmen sollen nur in außerordentlichen Fällen gestattet sein. Dieser Vorschlag sieht schon etwas vernünftiger aus, da er die Ausgaben nicht unverrückbar festnagelt, sondern der Bevöl-

kerungsbewegung anpaßt, allein auch in dieser Form ist der Antrag aufgeweichen militärisch und höchst unpopulär. Der Schweizer ist von Natur aus dem Militärmenschen freundlich gesinnt, denn er ist Charakteristisch für seine Herde auch in der einsamen Berge und lädt sich gerne große Späte feiern, wenn es gilt, dem Schutz des Vaterlandes sich zu stellen. Und auch die vernünftigen Sozialdemokraten können sich dieser Einheit nicht verschließen und legen diesem Vorgehen der vorstehenden Ausschaltung des Militärsystems offenen Widerstand entgegen. Ein Vortrag, der eigens zur Erörterung dieser Militärtage am Ostermontag nach Luzern überreicht wurde, soll darüber entscheiden, ob diese finanzielle Abschaffung der Militärausgaben in Form einer Initiative vor die Volksabstimmung gebracht, oder aber definitiv fallen gelassen werden soll. Die bürgerlichen Parteien würden einer Volksabstimmung zuversichtlich entgegensehen, und die Sozialdemokraten darauf bedacht sind, wie sehr sie die Sozialdemokraten dazu befähigt sind, das Ansehen des Vaterlandes zu lokern, seinen Bekanntheit zu erschüttern, nur um Parteiinteressen dienen zu können.

Der russisch-japanische Krieg.

Die japanische Landung in Korea

wird vom neuzeitlichen "Militär-Wochenblatt" mit Rücksicht auf die bald zweimonatige Kriegsdauer als von einem kühnen Entschluß begleitet angesehen. Die Ursachen dafür dürfte man nicht in irgendeiner Machtmachung oder in Transportüberlegenheiten, sondern in operativen Gründen suchen, deren Beurteilung sich dem Nachkriegszeitpunkt zunächst noch entzieht. Der japanische Kriegsgegner erkennt das "Mil. Wochobl." an, daß man mit 3 bis 4 Monaten zu rechnen habe, und daß die japanischen Armeen nicht mehr als je 3 bis 4 Divisionen — 40 000 bis 52 000 Kämpfer — hätten werden. Das von russischen Kaufmännern anlaßt, so unterscheidet das "Mil. Wochobl." die westliche Rüdenarmee in der Nähe von Chardan, die Asiensarmee bzw. die zwischen diesen Orten und der Koreanischen Grenze; 2) unterteilt "Mil. Wochobl." die mandschurische Operationszone in Stücke von 60—65 000 Kämpfern, mit Versorgungsgebäuden in Chardan, die Asiensarmee ist zwischen diesen beiden Punkten aufgestellt, während die Rüdenarmee möglicherweise es daher sein kann, die langsam einbrechende Unterstützungen zu den ersten durch die Wohlbauung geschaffenen Verbündeten zusammenzuwirken und dann erst zur Front zu ziehen. Möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, sei eine selbständige Beweisführung der Rüdenarmee.

Seuilleton.

Das Testament des Bankiers.

Roman von A. M. Barbour.

Neuerdings versamm.

Witterungsweise waren der Coroner und die Gerichtskommission eingetroffen. Ein Diener hatte die Herren empfangen und sie in ein abgesondertes Zimmer des zweiten Stockwerks geführt, wohin ingewissen die Leiche des Ermordeten gebracht worden war. Hier beschäftigte die Gerichtskommission an der Hand von Erklärungen des Coroners die Wunde, ihre Lage und ihren Charakter; dann machten die Herren dem Türrahmen einen kurzen Besuch und begaben sich darauf wieder nach dem ersten Stockwerk, wo der begleitende Diener sie in einen großen Saal führte.

Der Coroner nahm auf einem Armstuhl am Ende eines langen Tisches, der in der Mitte des Raumes stand, Platz. Die Mitglieder der Gerichtskommission setzten sich links neben ihn. Die Stühle an den Langseiten des Tisches wurden von einigen bedeutenden Zeitungsberichterstattern eingenommen. Andere weniger Bedeutungsvolle Herren drängten sich an den Türen und öffneten Fenster.

In einem Nebenzimmer des Saales, dessen Vorhören zweigeschossig waren, hatte sich die Dienerschaft versammelt — das weibliche Personal mit blauen, durchscheinenden Kleidern dicht an der hohen Decke hingestellt — daß männliche etwas weiter zurück. In einer hinterlichen, halb verdeckten durch die schweren Vorhänge, doch so, daß er den Saal unbemerkt übersehen konnte, stand der Detektiv.

Alles für den Beginn der Verhandlung bereit war, trat Herr Whitney mit dem Herren, der mit ihm aus der Stadt gekommen war, ein. Diesen beiden folgten Ralph Mainwaring und sein Sohn. Bei dem Erscheinen des jungen Mannes zeigte sich eine lebhafte Bewegung unter den Berichterstattern; schnell flogen die Blätter über das Papier, um das Äußere des Erben zu klären. Sein Gesicht sah völlig gleichgültig und unbefüllt aus, das seines Vaters jedoch düster und abgespannt.

Hinter diesen beiden schritten, von Herrn Thornton geführt, Frau Mainwaring und deren Tochter. Die kalten grauen Augen Fräulein Isabellas schweiften mit einem Blick hochmütiger Geringachtung über die Anwesenden. Den Zug beschloß Frau Hogarth mit ihren beiden Pflegeschwestern Edith Thornton und Plaza Carton; das freundliche Gesicht Plaza spiegelte das reges Interesse für den sich ihr bietenden eigenartigen Anblick.

Als letzte erschienen Harry Stott und Frau Da Orange mit ihrem Sohn. Als der Sekretär das Stoff angefüllte Zimmer betrat, zögerte er einen Augenblick an der Tür, wie überlegend, wo er keinen Platz wählen sollte, doch Fräulein Carton, die in der Nähe der Tür saß, half ihm darüber hinweg, indem sie ihn mit einem Wink aufforderte, einen leeren Stuhl an ihrer Seite einzunehmen. Während er mit einer eleganten Verbeugung dieser Einladung folgte, wurde ihm verstockt, jedoch von dem Detektiv nicht bemerkt, ein kleines Setzchen an der Hand gedrückt. Schnell den Kopf wendend, bemerkte er Frau Da Orange, die bleich, aber in gemütlicher Haltung, ihren Sohn hinter sich, langsam an den Reportern vorüber schritt und sah — den ihr von dem Anwalt dargebotenen Stuhl unbedacht lassend — möglichst fern von den Familienmitgliedern auf einen Platz bog, den wo aus sie die Dienerschaft unter Augen hatte.

An der nun eingetretenen Stille rief der Coroner nach einigen kurzen Eingangswochen den ersten Zeugen, George Hard, auf. Dem Ruf unmittelbar folgend, trat aus der Reihe der Dienerschaft ein junger Mann mit offenem Gesicht und bescheidenem Lächeln an den Tisch. Der Coroner rückte an ihn zunächst die gewöhnlichen Abstolzfragen und fuhr dann fort:

„Wie lange haben Sie in Herrn Mainwaring's Dienst gestanden?“

„Seinhalb vier Jahre.“

„Sie haben während dieser Zeit die Stellung eines Kammerdieners eingenommen?“

„Sehr wohl.“

„Heute morgen fanden Sie Ihren Herrn tot. Um welche Stunde war das?“

„Etwa gegen sieben Uhr.“

„Erzählen Sie genau den Vorgang.“

„Ich war wie immer ins Badzimmer gegangen, für

Notizenwicht.

Die Russen haben bei der japanischen Regierung durch den französischen Gesandten Einspruch gegen die während des vierten Angriffs auf Port Arthur erfolgte Verkürzung der Quarantänezeit auf vier Monate eingebracht lassen. Der Einspruch liegt hier aus Artikel 25 des Haager Konvents. Der japanische Minister des Äußeren, Baron Komura, hat in Beantwortung der Beschwerde zum französischen Gesandten, die Japaner hätten keine Recht von Nominal-Zug, d. das Verlängern der fraglichen Station. Ob nun aber der Vorschlag auf Wahrheit beruhe oder nicht, kann die Form der Formulierung der angezogene Artikel der Konvention einzug für Einschlüsse in Betracht, dass die Konvention habe die Form der Beziehung von der Sache und offen gestellt.

Das Gesetz des Schöpfbaus.

* Tokio, 30. März. Über das Gesetz bei Schöpfbau werden die nachstehenden Sätze noch folgende Zusätze beziehen: Der 20. April der japanischen Kavallerie- und Infanterieabteilung erzielte in der Nähe des südlichen Tores von Schöpfbau. Den Japanern gelang es, wie bereits geschildert, die Russen zurückzutreiben. Drei waren sich in der Rückzug auf Wicht verloren. Die japanischen Truppen begleiteten darauf die Stadt. Ihre Infanterie hatte keine Verluste, während die Kavallerie den Oberleutnant Sanjo und vier Reiter verlor. Rittmeister Kurokawa und elf Reiter wurden verwundet. Nach dem Gesetz wurden zwei Russen auf dem Felde gefunden. Außerdem sollen sich nach über 1000 überwundenen Russen in der Stadt befinden. Während des Gefechts wurde beobachtet, wie die Russen mit großer Geschicklichkeit ihre Gewehre und Ketten auf Pferden oder Ambulansen wegführten. Zwei Russen, anscheinend Offiziere, wurden vom Schöpfbau getragen.

* Tokio, 30. März. Meldung des Kaiserlichen Bureaus. Die von dem Landtag angenommenen finanziellen Gesetze erwarten umfassen für das ganze Jahr des Kalenders vorsichtige Prognosen, obwohl niedrige Ausgaben vorausgesetzt sind. Der Staat mittlerer belastender Steuern zu erhalten. Der Beitrag von 65 auf 60 Millionen Yen herabgesetzt. Die Regierung hofft, daß hierdurch gegenüber dem Voranschlag resultierende Defizit durch eine Verkürzung der Verwaltungsaufgaben zu decken. Eine weitere Reduzierung des Programms ist die Erweiterung, die Schaffung der Salzsteuer als zu kennzeichnen. Wie die Haushaltserstattung ergibt, steht die Anzahl eines Gefäßes, welches die Bahn erlaubt, eine Art Dokumentation im Gehaltetrabatte von 30 Millionen Yen zu erfüllen und zwar während eines Jahres. Die Änderungen des Posttarifs stehen noch sechs Monate in Kraft treten. Das Postministerium wird angenommen und den Poststellen wird eine Erhöhungsumlage gezeigt werden, die dem Urteil auf dem Verlust während dieser Jahre entspricht.

Politische Tageschau.

* Leipzig, 31. März.

Über die deutsch-ostroasiatische Eisenbahn, d. h. über die Übernahme einer Binsgarantie seitens des Reiches für die Pekingor-Bahn, äußert sich jetzt der Zentralausschuß der Abg. S p a h überwiegend; er führt in der Monatschrift "Ostland" ganz aufreibend u. a. an: „Bei den Erwagungen über die Bewilligung der Binsgarantie sollte auch nicht außer acht gelassen werden, daß ohne die baldige Übernahme des in der Binsgarantie gelegenen geringen Risikos für das Reich

das Wirtschaftsleben unserer Kolonie durch die Schuld des Reiches bewegend Rückgang verfallen wird, nicht nur zum Nachteil unserer Einwohner, sondern auch zu unserem Reich und zum Ruhm am Himmel und am Himmel. Doch die längere Verhinderung des Bauabschnitts noch den längst abgeschlossenen Vorarbeiten bei unserer Grenzbahn und bei den Bewohnern des Schutzgebietes der Bahn erwecken muß und erwartet hat, es sei dem Reich mit der Aufrechterhaltung seiner Herrschaft nicht mehr erlaubt, gehört zu den unumgänglichen Maßnahmen, deren unsame Verhältnisse nicht zu übersehen und nicht zu unterschätzen sind. Unnötiges Zaudern steht überdies nicht weiter Bedeutung gleich. Je länger wir warten, um so länger werden wir ansteigende Reichsziele zu zahlen haben.“ — Wie aber stellt sich sein Zentralausschuß, das Finanzamt Abg. Müller-Hüller, zu diesen ganz aufrichtigen Erwägungen, die helfen lassen, daß wenigstens ein Teil des Rentzentrums endlich die Bahn Dorcas-Salon-Pekinger bestätigt? — In letzter Stunde erheben nun Kolonialkreise Bedenken hinsichtlich der Ausführung der Bahn nach dem Regierungsentwurf; sie verlangen eine Spurweite von 1,00 Meter, anstatt der beobachteten Spurweite von 0,75 Meter, und führen sich mit dieser Bedrohung auf die Pekinger Bahn stellvertretend doch Anspruch, daß die Pekinger-Bahn vielleicht doch Anknüpfung an andere (englische) Bahnen erhalten müsse. Dazu liegt aber die Ausicht im weiten Felde, und es ist möglicher, den Sternbahnen in der Hand sicher zu halten, als sich nach der Laube auf dem Dach zu legen.

Zum Strafvollzuge.

In der radikalsten Presse sind legt wiederholt aus Gefängnisfällen Urfunden veröffentlicht worden, aus denen hervorgeht, daß in einzelnen Fällen von Strafgefangenen Arbeitsleistungen gefordert wurden, die sie infolge körperlicher Schrecken, auch bei gutem Willen, nicht erfüllen konnten. Wenn in Fällen solcher Art die strengen Disziplinarstrafen der Strafanstalten verhängt werden sind, wenn längere Zeit vergangen, ehe die Straflosigkeit der Strafgefangenen erkannt und bestätigt wurde, so bedeutet dies ebenfalls eine Art Verzögern, die vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus nicht erlaubt werden kann. Anderswo aber wird man zu machen müssen, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich jedoch werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Bekanntlich haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich jedoch werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Bekanntlich haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Gleichzeitig haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Gleichzeitig haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Gleichzeitig haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Gleichzeitig haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge Mikrofonen im einzelnen auch bei der besten Organisation nicht ausbleiben können. Selbstverständlich werden Einzelfälle, wie die jetzt bekanntgemachten, als Material für die fünfte Reform des Strafvollzuges erachtet werden. Gleichzeitig haben wir ein Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen zu Zeit noch nicht, nachdem der Entwurf von 1879 gefeiert ist. Zum Erfolg haben die Bundesregierungen, als der Reichstag den Wunsch nach einem einheitlichen Vollzugsgeleye ausgesprochen hatte, im Jahre 1897 einige leitende Grundätze vereinbart, die, da sie nicht sehr fehlt, Gelingen sind, nur innerhalb des Strafanstalten zu verhindern, daß die Leitung von Strafanstalten zu den schwierigsten Aufgaben gehört, und daß selbst bei der größten Unruhe der leitenden Häftlinge